

direkte Verbundenheit der Orts-, Kreis- und Landesvorstände mit den Betrieben noch sehr mangelhaft, zum Teil fehlt sie vollkommen.

Zur Sicherung der sofortigen Durchführung einer entschiedenen Umstellung aller Parteileitungen auf die Probleme der Wirtschaft und der Betriebe beschließt der Parteivorstand folgende konkrete Maßnahmen, für deren Durchführung das Zentralsekretariat, die Landesvorstände und die Kreisvorstände verantwortlich sind.

a) Bildung einer Kommission aus den Reihen des Zentralsekretariats zur Überprüfung aller Abteilungen des zentralen Apparates auf die Eignung ihrer Mitarbeiter zur Durchführung der vorstehenden Beschlüsse.

b) Entsendung von Instrukteurgruppen aus Mitgliedern des Zentralsekretariats und seiner Abteilungen zur Kontrolle der Arbeitsmethoden der Landesvorstände und ihrer Abteilungen in bezug auf die konkrete Durchführung der Wirtschaftspläne in den einzelnen Industriegruppen und der Sicherung der direkten Verbindung des Landesvorstandes und insbesondere seiner Abteilungen mit den Betriebsgruppen. Zu den dafür notwendigen Beratungen sind die Betriebsgruppenleiter wichtiger Großbetriebsgruppen und leitende Parteimitglieder der Massenorganisationen hinzuzuziehen.

c) Entsendung entsprechender Instrukteurgruppen aus Mitgliedern und Mitarbeitern der Landesvorstände zur Kontrolle der Arbeit der Kreisvorstände. Auch hier sind die Leiter von Großbetriebsgruppen und Massenorganisationen heranzuziehen.

Der Parteivorstand erwartet, daß diese Überprüfung sich auf dem Wege einer offenen selbstkritischen und kritischen Stellungnahme in allen Parteileitungen und in der Parteipresse vollzieht, daß überall, wo es sich dabei als erforderlich erweist, personelle Verstärkungen in den Leitungen und ihren Abteilungen vorgenommen werden und daß im Resultat dieser Maßnahmen eine entschiedene Wendung der Gesamtpartei zur Verbesserung der Parteiarbeit auf dem Gebiete der Wirtschaftsführung, für die wirkungsvolle Unterstützung der Betriebsgruppen und insgesamt für die erfolgreiche Durchführung des Wirtschaftsplanes eintreten wird.

Entschließung des Partei Vorstandes vom 21. Oktober 1948